

BREMERVÖRDER ZEITUNG

GNARRENBURGER UND SELSINGER ZEITUNG

Donnerstag, 24. Oktober 2024

LOKALES

Seite 10

Staatlicher Terrorismus

GSP-Vortrag: „Wie fremde Regierungen politische Gewalt in Deutschland fördern“



Der Veranstaltungssaal im EWE-Kundencenter in Bremervörde war voll besetzt. Foto: bz

Bremervörde. Desinformation über Telegramm ist nur eine Option: Wie fremde Regierungen politische Gewalt in Deutschland fördern, war Thema beim jüngsten Vortragsabend der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), Sektion Elbe-Weser, in Bremervörde.

Offensichtliche Anschläge oder auch nur merkwürdige Unfälle scheinen sich im Umfeld kritischer Infrastruktur zu häufen. Doch wie sind die Ereignisse in ein größeres (weltpolitisches) Bild einzuordnen. Jannis Jost, Abteilungsleiter am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, war am vergangenen Donnerstag auf Einladung der GSP im Veranstaltungsraum des EWE-Kundenzentrums Bremervörde zu Gast, um ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen.

Politikwissenschaftler Jost ist Experte für Terrorismus und Radikalisierung und Koordinator einer Forschungsgruppe, die sich mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz zur Abwehr politisch motivierter Gewalt befasst. Die Besucher im voll besetzten Saal erfuhren gleich zu Anfang, dass staatlicher Terrorismus längst „keine bloße Möglichkeit ist, sondern bereits Realität“ (Jost).

Tatsächlich, betonte der Referent, hätten die hohen Güter einer Demokratie, sprich: innere Sicherheit, Schutzverantwortung des Staates und Rechtshoheit, bereits Schaden genommen. Anhand dreier Fallbeispiele erklärte der Politikwissenschaftler die Hintergründe von Gewaltakten. Dabei griff er sehr zum Erstaunen der Anwesenden auf eine Zahl, eine Geste und ein Kühlpack zurück.

Der inner-eritreische Konflikt diente Jost als Beispiel dafür,

wie Deutschland zum Austragungsort politisch motivierter Gewalt werde. Gemessen an seiner Größe bringe Eritrea in Afrika die meisten Flüchtlinge hervor. Kriegerische Auseinandersetzungen einerseits und staatliche Unterdrückung andererseits hätten zwei Flüchtlingswellen ausgelöst, die zwei im Widerstreit liegende Gruppen auch nach Deutschland geführt hätten, beschrieb der Referent.



GSP-Sektionsleiter Werner Hinrichs (von links) mit Referent Janis Jost und seinem Stellvertreter Axel Loos. Foto: bz

In Deutschland trafen sie nun bei als eritreischen Kulturfestivals bezeichneten Propagandaveranstaltungen aufeinander: regierungstreue und regierungskritische Eritreer. Dabei gehe es nicht nur um bloße politische Ansichten, sondern um das tägliche Leben dieser Menschen. Selbst in Deutschland sei es kaum möglich, sich den Begehrlichkeiten des eritreischen Staates zu entziehen.

Konkret bedeute das, dass jeder Eritreer, auch jene im Ausland, zu Steuerzahlungen in der Heimat verpflichtet ist. Die eingangs erwähnte Zahl, nämlich

52, beziehe sich auf den militanten Arm der Regierungspartei. Die Buchstaben stünden für den fünften und zweiten Buchstaben des Alphabets: E und B.

EB wiederum stehe für „Eritrean Blood“, eine gewaltbereite Gruppe, die eritreische Oppositionelle bedroht. Diese liefere sich Kämpfe mit den Mitgliedern der „Brigade N’hamedu“, die nicht weniger zimperlich sei. „Dazwischen finden sich gezwungener-

Ideologie vertrete. Für den türkischen Regierungschef Recep Erdogan sei diese Gruppe ein wichtiger Faktor bei der Beschaffung von Wählerstimmen, auf die er dringend angewiesen sei, führte der Referent aus. Seit Erdogan mit wirtschaftlichen Themen nicht mehr punkten könne, habe dieser den türkischen Nationalismus und die türkische Identität in den Fokus gerückt.

„Werdet Deutsche, aber bleibt Türken“, so laute das Credo, das Erdogan bei Wahlen in der Türkei wichtige Stimmen der in Deutschland lebenden Türken bringen soll. Die Bekämpfung oppositioneller Aktivisten und die ideologische Mobilisierung mit einer klaren Abgrenzung der deutschen Gesellschaft gefährde den inneren Frieden hierzulande, schilderte Jost, und sei ein Beispiel für den politischen Schaden, der dabei entstehe. Der Vertrauensverlust in den deutschen Staat wiege schwer, so der Politologe.

Als drittes Beispiel kam Jannis Jost auf die Verbindungen zwischen dem Iran, der Hisbollah und anderen Organisationen zu sprechen. Hervorgegangen aus einem eher regionalen Konflikt habe sich mittlerweile eine internationale Verflechtung entwickelt, an der die unterschiedlichsten Akteure mit genauso unterschiedlichen Interessen beteiligt seien.

Die staatliche Komponente werde durch den Iran vertreten, der sich mit seiner Unterstützung von Terroristen politischen Einfluss und Legitimität einerseits sowie eine asymmetrische Zweitschlagskapazität andererseits verspreche. Mit anderen Worten: An einem überlege-

maßen die deutschen Polizeikräfte als unfreiwilliger Prellbock wieder, der mit dem eigentlichen Konflikt nichts zu tun hat“, schilderte Jost.

Was es mit dem Wolfsgruß bei der EM auf sich hat

Ein anderes Beispiel: Eine Geste, der sogenannte Wolfsgruß, wird zum Politikum, wie der Torjubel des türkischen Nationalspielers Merih Demiral während der Fußball-EM in Deutschland. Die Geste verweise auf die Ülkücü-Bewegung, deren Anhänger sich als „Idealisten“ bezeichneten, die jedoch eine rechtsextreme

nen militärischen Gegner könne der Iran noch immer mit Mitteln des Terrors Vergeltung üben.

„Netzwerke sind resilient, die verschwinden nicht einfach“ erklärte der Terrorismus-Experte. Und sie seien kreativ. Das in einem Kühlpack enthaltene Ammoniumnitrat könne beispielsweise als Sprengstoff verwendet werden. Ein kompetentes, international operierendes Netzwerk sei in der Lage, es in großen Mengen zu beschaffen und entsprechend einzusetzen. Noch gebe es keine konkreten Hinweise auf beabsichtigte Terrorangriffe der Hisbollah, aber die Gefahr sei da, so Jost. „Wir sind noch Herr im eigenen Haus“, schätzte der Politologe die Lage ein, aber man dürfe sich an die politisch motivierte Gewalt nicht gewöhnen und müsse wachsam sein.

Im Anschluss an seinen Vortrag beantwortete Jannis Jost die vielen Fragen der Anwesenden. Dabei machte er deutlich, was er sich von Politik und Gesellschaft wünscht: entsprechende Maßnahmen des Gesetzgebers und vor allem den politischen Willen, sich gegen die Angriffe zu wehren.

Bildung, verbesserte behördliche Kooperation und eine effektivere Überwachung der elektronischen Kommunikation seien wenige Ansatzpunkte von vielen. Man dürfe, betonte Referent Jannis Jost, keinesfalls vergessen, dass es keine Lösungen gebe, die über Nacht umgesetzt werden können. Seine Botschaft: „Vieles unterliegt einem Entwicklungsprozess.“